

KI am Gymnasium

Der Kommentar von Giorgio Scherrer («Es braucht klare Regeln statt naiven Optimismus», NZZ 17.3.26) beklagt oberflächlich negative Beispiele aus dem Schulalltag im Umgang mit KI. Was dabei jedoch völlig ausgeklammert wird, ist die notwendige Evolution der Didaktik selbst.

Es geht nicht nur um eine Anpassungsleistung der Schülerinnen und Schüler und Studierenden. Der eigentliche Kern der Herausforderung ist die veränderte Rolle der Lehrenden. Die traditionelle Form des Frontalunterrichts stösst an ihre Grenzen, wenn sich die Wissensaneignung zunehmend ins Eigenverantwortliche und durch KI Unterstüzte verlagert.

Gefragt sind neue Dialog- und Kollaborationsformen. Die Digitalisierung schafft hier paradoxerweise mehr Raum für analoge Auseinandersetzung: Indem die reine Informationsvermittlung teilweise ins Selbststudium verlagert wird, gewinnen wir im Unterricht Freiräume für Diskussionen, kritisches Hinterfragen von KI-generierten Inhalten und gemeinsame Reflexion. Wir stecken nicht mehr in den Kinderschuhen der KI-Integration, aber im Umgang mit ihren Möglichkeiten – besonders in der Pädagogik – müssen wir erst noch lernen, die Chancen positiv und produktiv zu nutzen.

Peter Vetter, Männedorf

Solide Währung für gesunde Wirtschaft

Nick Hayeks Belehrungen der Nationalbank ufern längst aus und lassen sich als Ablenkungsmanöver und gleichzeitig als fahrlässiges Hochmut bezeichnen («Nick Hayek schlägt Alarm wegen Franken», NZZ 19.3.26).

Dieser vermag das schon beinahe vernichtende Verdikt der Börse, die grösseren Erfolge der Hauptkonkurrenten und eine sehr kritische Studie einer amerikanischen Grossbank nicht zu verdecken.

Ebenso klar und einleuchtend ist die Kritik an der Führung eines eigentlich nur pro forma börsennotierten Konzerns, bei dem alles bestimmen und jede Kritik wegbüßten zu müssen meinen. Auch jene an den vermeintlich «unabhängigen» Mitgliedern des Verwaltungsrats, Worunter sich mit Jean-Pierre Roth ein ehemaliger, hoch respektierter Präsident des Nationalbank-Direktoriums befindet. Es ist ihm ganz offensichtlich nicht gelungen, Nick Hayek vom Stellenwert einer soliden Währung für die Stärke des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu überzeugen.

Seit dem Übergang zu flexiblen Wechselkursen im Jahre 1973 entwickelt sich das Exportland Schweiz in einer Weise, die ihm weltweit hohen Respekt und gelegentlich auch, wie jetzt durch Trump, Missgunst einträgt. Die Schweiz ist nicht «trotz» starker Währung leistungsfähig, sondern vielmehr wegen des

soliden Frankens sehr innovations- und damit leistungsfähig.

Martin Hirzel, Präsident von Swissmem, also der Branche, die am stärksten immer wieder um die Behauptung auf den Weltmärkten kämpft, hat dies längst erkannt und auch schon mehrmals deutlich gemacht. Dass gelegentliche und in kurzer Zeit auftretende Phasen der Frankenstärke grosse Probleme aufwerfen, ist nicht zu bestreiten, jedoch kein Grund für Rundumschläge à la Hayek.

Erich Heini, Luzern

Andere Auffassung von Neutralität?

Der Beitrag von Georg Häslar («Der Ruf der sicheren Schweiz wird auch so gefährdet», NZZ 17.3.26) weckt bei mir grosse Verwunderung und schliesslich die Feststellung, dass Herr Häslar eine vollkommen andere Vorstellung oder Auffassung von Neutralität hat, als ich sie kenne.

Es gibt keinen Grund, aus den Vorcommunissen im Nahen Osten irgendeine Gefährdungssituation für die Schweiz abzuleiten. Oder haben wir amerikanische Militärlstützpunkte in unserem Land? Sind wir im Ukraineoder im Iran-Krieg in irgendeiner Form beteiligt? Beides kann man mit «Nein» beantworten.

Und dies dank unserer Neutralität, die uns daran hindert, uns bei kriegesischen Handlungen zu beteiligen, die nicht einen Angriff auf unser Land beinhalten. Und das ist beim Krieg im Nahen Osten ja eindeutig auch der Fall.

Deswegen ist die Neutralitätsinitiative notwendig, da unsere Regierung und die führenden Medien Verwirrung stiften. Nur die klare neutrale Haltung, keine Nato-Annäherung, keine nicht-militärischen Zwangshandlungen (Sanktionen ausser UNo-Sanktionen), ist ein Schutz für uns, wie es schon immer war. Erst seit der Globalisierung schwingt die Schweiz mit anderen Eliten mit. Oder sollen unsere Söhne, Enkel und Neffen in Nato-Kriegen sterben?

Monika Fry, Trimmis

Für eine AKW-freie Zukunft

Deutschland verabschiedet sich von der Illusion einer AKW-freien Zukunft. Auch in der Schweiz setzt der Ständerat wieder auf Atomenergie («Abschied von der Illusion einer AKW-freien Zukunft», NZZ 13.3.26). Sollen wir in der Schweiz also neue Atomkraftwerke bauen und die Atomkraftwerke Beznau 1, Beznau 2, Gösgen und Leibstadt noch möglichst lang betreiben? Das Risiko einer Katastrophe wie in Lucens (1969), Tschernobyl (1986) und Fukushima (2011) ausblenden?

Bis jetzt galt: Schritt für Schritt müssen alle AKW in der Schweiz abgeschaltet werden, wie 2019 Mühleberg. Leibstadt, Gösgen und Beznau 1 und 2 wer-

den noch Jahre weiter hochgiftigen radioaktiven Atommüll produzieren, der Zehntausende Jahre strahlen wird.

Atomkraft wird als saubere Energie präsentiert, da sie wenig Kohlendioxid erzeugt. Die Gewinnung des AKW-Brennstoffs Uran führt aber zu schwerwiegenden Umwelt- und Gesundheitsschäden. Der Uranabbau durch Tage- und Untertagebau verursacht riesige Abraummalden und riesige Schlammbecken mit radioaktivem Inhalt. Darin sind noch zirka 80 Prozent der ursprünglichen Radioaktivität des Gesteins enthalten. Der radioaktive Staub wird durch den Wind verbreitet und verseucht Grundwasser und Flüsse, weit weg von der Schweiz.

In Erinnerung zu rufen ist auch: Für Kleinkinder steigt das Erkrankungsrisiko bei Krebsleiden und Leukämie mit zunehmender Nähe des Wohnorts zu einem Kernkraftwerk signifikant und stetig an, wie Untersuchungen in Deutschland zwischen 1980 und 2003 zeigten. Bei Kernkraftwerken kommt es bei der Belegschaft und auch in der Umgebung durch die Aufnahme kleiner Partikel von radioaktiven Stoffen in den Körper und deren Verbleib im Gewebe zu einer chronischen Bestrahlung.

Heinrich Frei, Zürich

Neutralität für Frieden

Die Neutralitätsinitiative verlangt, keinen Militärbündnissen beizutreten. Sicher bewahrt hat die Schweiz nicht vor kriegesischen Angriffen. Noch weniger bewahrt aber eine Annäherung an das Militärbündnis Nato die Schweiz vor Angriffen. Die Schweiz soll auch keine Wirtschaftsanktionen ergreifen, das ist auch recht so.

Die Schweiz ist ein kleiner Staat, ein Niemand unter grossen Staaten. Die Schweiz ist jedoch gross, weil sie starke humanitäre Fähigkeiten besitzt, wie das Rote Kreuz, das IKRK, und die Guten Dienste. Sie hat eine starke Wirtschaft und wird in der Welt als gross wahrgenommen. Damit geniesst sie einen ausgezeichneten Ruf. Ohne Neutralität ist diese Friedensarbeit nicht möglich.

Marianne Bürkli, Bronschhofen

An unsere Leserschaft

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bei der Auswahl bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift an die Redaktion Leserbriefe muss mit der vollständigen Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe

NZZ-Postfach, 8021 Zürich

E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Problematische Kurskorrektur

Gastkommentar

von REBECCA KNOTH-LETSCCH

Mit dem landwirtschaftlichen Verordnungspaket 2026 verspricht der Bundesrat administrativen Abbau und «Vereinfachung» für die Betriebe. Kontrollen sollen reduziert, digitale Systeme verschlankt werden. Politisch passt das in die Zeit. Fachlich stellt sich jedoch eine unbequeme Frage: Wie verträgt sich dieses Paket mit den sogenannten Absenkpfeiden, mit denen Bundesrat und Parlament die Umweltbelastung der Landwirtschaft eigentlich senken wollen?

Die Absenkpfade wurden als politisches Versprechen im Nachgang zu den abgelehnten Trinkwasser- und Pestizidinitiativen eingeführt, weil die bisherige Politik die Belastungsgrenzen bei Gewässern und Biodiversität klar verfehlt hat. Bis 2030 sollen die Nährstoffverluste – insbesondere von Stickstoff und Phosphor – deutlich sinken, ebenso die Risiken bei der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Heute zeigen Monitorings: Die Nährstoffüberschüsse bleiben hartnäckig hoch, und auch beim Pflanzenschutz reicht die Dynamik nicht, um die Zwischenziele sicher zu erreichen. Wir stehen also eher am Anfang der Korrektur als am Ende.

Vor diesem Hintergrund ist entscheidend, welche Instrumente gestärkt und welche geschwächt werden. Das Verordnungspaket setzt hier gefährliche Prioritäten. So soll die Pflicht zu regelmässigen Bodenuntersuchungen auf allen Parzellen ersatzlos aus dem Ökologischen Leistungsnachweis (ÖLN) gestrichen werden. Künftig entscheidet jeder Betrieb selbst, ob und wo er Bodenanalysen macht. Damit geht eine zentrale Grundlage verloren, um Dün-

Die administrative Entlastung in der Landwirtschaft darf nicht zum Preis einer höheren Umweltbelastung erfolgen.

gung gezielt und gewässerschonend zu steuern. Ohne belastbare Kenntnis der Vorräte im Boden bleiben die Nährstoffbilanzen auf einem Auge blind. Gleichzeitig wird die obligatorische Einführung der digitalen Nährstoff- und Futterbilanzen auf das Jahr 2029 verschoben. Das heisst: Bis dahin werden zentrale Informationen über Nährstoffflüsse im Betrieb nur freiwillig und damit lückenhaft vorliegen. Das ist bemerkenswert, weil dieselben digitalen Instrumente seit Jahren als Schlüssel für eine zielorientierte und entbürokratisierte Agrarpolitik beworben werden. Unter dem Label «Digitalisierung» werden zudem Meldepflichten abgeschwächt: Einzelne Anwendungen von Pflanzenschutzmitteln müssen nicht mehr systematisch erfasst werden, Nährstoffrückbestände und bestimmte Futtermittelrücknahmen ebenfalls nicht. Für eine Politik, die wissen muss, wo zu viele Nährstoffe oder Pestizide in die Umwelt gelangen, ist das ein Abbau an falscher Stelle.

Besonders deutlich ist der Bruch bei den Pflanzenschutzmitteln. Zwei Beispiele: Vorauffaehrerbizide, bisher im ÖLN eingeschränkt, werden wieder breiter zugelassen – obwohl gerade diese Wirkstoffe ein erhöhtes Risiko für Auswaschung ins Grundwasser und Abschwemmung in Oberflächengewässer bergen. Und: Im Weinbau werden die pestizidfreien Streifen entlang von Gewässern verkleinert. Diese Entscheidungen mögen im Einzelfall fachlich begründet erscheinen (zum Beispiel mit Resistenzmanagement, Krankheitsdruck oder Praxisproblemen). In der Summe signalisieren sie aber eine Verschiebung der Logik: Risiken sollen «managebar» bleiben, statt reduziert zu werden.

Wer die Absenkpfade ernst nimmt, müsste genau umgekehrt vorgehen: zuerst die Alternativen (idealerweise nichtchemische Verfahren) stärken, dann Leitplanken verschärfen. Es ist unbestritten, dass die administrative Belastung der Landwirtschaft reduziert werden muss. Wenn aber ausgerechnet jene Instrumente geschwächt werden, die es erlauben, die Absenkpfade für Nährstoffe und Pflanzenschutzmittel einzuhalten, dann ist das kein «technischer Feinschliff», sondern eine politische Kurskorrektur.

Rebecca Knoth-Letsch ist Geschäftsführerin bei Vision Landwirtschaft.

KORRESPONDENTEN

Paris: Daniel Steinhilber (DSI). **London:** David Signer (ds). **Niklaus Neudörfer (NND):** Bertram Felix Sauer (BFS), Morten Freidel (fre), Oliver Malsan (oma), Jonas Hermann (joh), Susann Kreuzmann (sok), Beatrice Achterberg (aba), Marco Seliger (msl), Johannes C. Bockelheimer (CB), Nathan Gwerczew (gwi), Anna Schiller (asch), Malte Fischer (mf). **Frankfurt:** Michael Rasch (ra). **Rom:** Luci Bernet (lcb). **Madrid:** Uta Müller (um). **Wien:** Meera Baumann (bam), **Berlin/Warschau:** Volker Pabst (vp). **Taipei:** Linda Kogonen (lk). **Brüssel:** Daniel Imwinkelried (im), Antonio Fumagalli (fum). **Moskau:** Markus Ackert (ma). **Beirat:** Daniel Böhm (db), **Tel Aviv:** Robert Heffer (rhw).

Bangkok: Andreas Babst (bab). **Mumbai:** Ulrich von Schwerin (vsv). **Thailand:** Patrick Zoll (pz). **Peking:** Matthias Kamp (mk). **Tokio:** Martin Kölling (ko). **Sydney:** Barbara Bachhausen (bbh). **Washington:** Christian Weislog (cw). **Chicago:** Andreas Schaefer (sca). **New York:** André Müller (am). **San Francisco:** Marie-Astrid Langer (ma). **Rio de Janeiro:** Thomas Mili (mt). **Salvador da Bahia:** Alexander Busch (ab).

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Felio: Alina Wanner (awa), Reto U. Schneider (res). **Flure:** Calisto (cl). **Barbara Klingebach (bk).**

DAS UNTERNEHMEN NZZ

Felix Graf (CFO)

Die Neue Zürcher Zeitung AG ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft der Aktiengesellschaft für die Neue Zürcher Zeitung.

Bildung: Gilles Steinmann (gs), Andrea Mittelholzer (am), Roman Sigrist (rs), Reto Grauwil (gr), Nicole Aebi (ae), Martin Berz (br), Denis Verdt (dv), Isabelle Heger (ha), Maja Seiler (se), Simone Imhof (im), Stefan Günther (sg).

Photografie: Konrad Hefer (KH), Armin Ramp (ra), Dominic Nahr (na), Kevin Weber (wa), Elena Oberholzer (ob), Leonie Wagner (wa).

Korrektur: Natascia Fischer.

KARIKATUR DER WOCHE



Europas fehlgeleiteter taktischer Rückzug

Im Handel mit China schwimmen der EU die Felle davon. Sie ist drauf und dran, ihren ökonomischen Einfluss auf Peking leichtfertig zu verspielen. Gastkommentar von Dalia Marin

In jüngster Zeit kamen zwei Datenpunkte zutage, die das Ungleichgewicht zwischen Europa und China verdeutlichen. China verzeichnete im vergangenen Jahr einen Handelsbilanzüberschuss von 1,19 Billionen US-Dollar, den grössten jemals gemessenen. Deutschland hingegen tritt in sein viertes Jahr der Stagnation ein: Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 2025 lediglich um 0,2 Prozent. Goldman Sachs schätzt, dass das deutsche Wachstum ohne die Konkurrenz aus China 0,5 Prozent erreicht hätte, was einer Wachstumsbremse von etwa 0,3 Prozentpunkten entspricht.

Diese Entwicklung markiert eine deutliche Abkehr von der Vergangenheit. Über Jahre hinweg wirkte Chinas rasches Wachstum als Rückenwind für die deutsche Wirtschaft, da das Land grosse Mengen deutscher Exporte aufnahm. Diese Dynamik ist inzwischen verblasst. Chinas Erholung wird zunehmend von Exporten statt von der Binnen-nachfrage getragen, was den Wettbewerbsdruck auf hochentwickelte Industriesektoren im Ausland verstärkt. De facto wächst China, indem es nach Europa exportiert, während die industrielle Basis Deutschlands unter Druck gerät.

Chinesische Exporte in die USA gingen im vergangenen Jahr um etwa 20 Prozent zurück, während die Lieferungen nach Deutschland um mehr als 8 Prozent zunahmen, da Exporteure nach der Einführung von Zöllen ihre Waren vom amerikanischen Markt umlenkten.

Vor diesem Hintergrund überrascht Deutschlands jüngste Stagnation kaum. Wird Deutschland bald nichts mehr haben, was es nach China verkaufen kann? Ökonomen würden diese Idee instinktiv zurückweisen. Nach der Logik des komparativen Vorteils sollten sich Löhne und relative Preise so anpassen, dass jede Volkswirtschaft zumindest einige Spezialisierungsbereiche behält. Überträfe China Deutschland in allen Bereichen, müssten Chinas Löhne und sein Wechselkurs so stark steigen, dass die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zumindest in einigen Industrien wiederhergestellt würde.

Eine solche Anpassung setzt jedoch funktionierende Marktmechanismen voraus, einschliesslich eines frei reagierenden Wechselkurses. Genau hier wird das Bild problematischer. Der Wert der chinesischen Währung Renminbi wird von den Behörden des Landes streng gesteuert und nicht vom Markt bestimmt. Daten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich zeigen, dass Chinas realer effektiver Wechselkurs stark gefallen ist; der Renminbi hat seit 2021 real um fast 20 Prozent abgewertet.

Der nominale effektive Wechselkurs ist der Durchschnitt der Wechselkurse gegenüber Chinas Handelspartnern, gewichtet nach deren Bedeutung im Handel. Der reale effektive Wechselkurs korrigiert diesen Wert um Inflationsunterschiede zwischen den Ländern. China erlebt derzeit Deflation, verursacht durch intensiven Preiswettbewerb im Inland, während Europa nach pandemiebedingten Lieferkettenstörungen und dem durch Russlands Angriff auf die Ukraine ausgelösten Energieschock einen starken Preisanstieg verzeichnete. Das Ergebnis ist eine erhebliche Verzerrung der Wettbewerbsfähigkeit, die europäische Entscheidungsträger nicht länger ignorieren können.

Welche Optionen hat Europa? Sein Einfluss ergibt sich daraus, dass China es sich nicht leisten kann, den Zugang zum europäischen Markt zu verlieren. Der amerikanische Markt für chinesische Elektrofahrzeuge ist durch Zölle und sicherheitsbezogene Beschränkungen praktisch geschlossen. Ein Europa droht China eine Überkapazität bei Elektroautos und anderen Industrieprodukten. Marktzugang sollte daher nicht mehr bedingungs-

los gewährt werden, sondern an klare und durchsetzbare Bedingungen geknüpft sein.

Über Jahrzehnte hinweg mussten ausländische Unternehmen, die Zugang zum chinesischen Markt suchten, Joint Ventures eingehen, was den Technologietransfer an inländische Partner erleichterte. Europa sollte nun einen reziproken Ansatz erwägen. Wenn chinesische Unternehmen technologisch fortschrittliche Produkte in Europa verkaufen möchten, sollten sie verpflichtet werden, Joint Ventures mit gleichberechtigter Beteiligung mit europäischen Herstellern zu gründen. Know-how zu teilen und umfassende Schulungen anzubieten.

Härtere Bandagen

Die Entscheidung der Europäischen Kommission vom 12. Januar, von Strafzöllen auf ein System von Mindestpreisen für chinesische Elektroautoimporte umzuschwenken, stellt einen fehlgeleiteten taktischen Rückzug im wachsenden Handelskonflikt mit Peking dar. Nach der neuen Regelung können Hersteller, die in China produzieren – darunter auch deutsche Marken –, die 35-prozentigen Antisubventionszölle, die 2024 eingeführt wurden, umgehen. Im Gegenzug akzeptieren sie einen «freiwilligen» Mindestpreis für eine bestimmte Quote von Fahrzeugen, die in die EU exportiert werden.

Auch wenn dieser Schritt als diplomatische Eskalation dargestellt werden kann, wird seine wirtschaftliche Logik zunehmend problematisch. Indem Brüssel auf freiwillige Exportbeschränkungen statt auf klassische Zölle setzt, lädt es chinesische Produzenten faktisch dazu ein, die ökonomische Rente abzuschöpfen. Anstatt durch Zolleinnahmen die europäischen Staatskassen zu füllen – Einnahmeverluste in Milliardenhöhe jährlich –, ermöglicht diese Politik den Exporteuren, den durch künstliche Mindestpreise geschaffenen Aufwuchs selbst einzustreichen.

Noch wichtiger: Dieser Kurswechsel schwächt den Einfluss der EU bei der Durchsetzung langfristiger industriepolitischer Zugeständnisse. Die glaubwürdige Drohung eines Marktausschlusses durch Zölle war historisch der wichtigste Auslöser für die Bildung von Joint Ventures. Solche Partnerschaften sind entscheidend für einen «umgekehrten Technologietransfer», der sicherstellt, dass technisches Wissen vom zunehmend dominanten Osten zum wirtschaftlich schwächelnden Westen fliesst. Ohne den Druck durch Grenz zölle verschwindet wahrscheinlich der Anreiz für chinesische Unternehmen, ihr Batterie- und Software-Know-how mit europäischen Partnern zu teilen.

In einer Ära der Geöökonomie, in der Zölle und Exportkontrollen routinemässig als politische Druckmittel eingesetzt werden, kann sich Europa strategische Zurückhaltung nicht mehr leisten. Das mag eine unbequeme Schlussfolgerung sein, spiegelt jedoch die Realitäten der heutigen Weltwirtschaft wider.

Dalia Marin ist Professorin für internationale Wirtschaft an der TUM School of Management der Technischen Universität München.